

M Ü N D L I C H E A N F R A G E

CDU-Fraktion
Astrid Ihle

Sitzung am: 14.12.2017

Gegenstand:

Zahlreiche Tuberkulosefälle in Dresden

Fragen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus aktuellem Anlass habe ich folgende Fragen:

1. Wann genau wurde das Gesundheitsamt über die ersten Tuberkuloseinfektionen informiert und welche Maßnahmen wurden daraufhin von der Stadt zu welchem Zeitpunkt veranlasst? Welche Maßnahmen genau wurden durch die Landeshauptstadt seit Bekanntwerden der Erstinfektion ergriffen, insbesondere um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern?
Ich bitte um genaue Dokumentation der einzelnen Arbeits- und Zeitabläufe.
2. Welche Empfehlungen wurden durch das Gesundheitsamt an die Schulleitung hinsichtlich der Informationspflicht der Einrichtung nach Punkt 4.4.2 Rahmenhygieneplan gegeben?
3. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Art Informationspolitik, die von Betroffenen, Angehörigen und Öffentlichkeit nur noch als Desaster angesehen wird? Soll eine Aufarbeitung erfolgen und falls ja, welcher Art?

Nachfrage Frau Stadträtin Ihle:

Da hätte ich noch eine Nachfrage. Zum ersten Punkt, Frau Dr. Kaufmann, Sie sagen, Sie haben uns umfassend, rechtzeitig in den Ausschüssen informiert. Dem muss ich widersprechen. Der Fall trat im September auf. Wir haben weder in der Oktober noch in der November Ausschusssitzung in irgendeiner Weise als Stadträte dazu eine Information erfahren. Und ich muss auch noch einmal darauf hinweisen, dass Sie Die Nachfrage lautet weiterhin, wenn wieso bis letzte Woche, die Eltern und Schüler, also die unmittelbar Betroffenen, also auch Anfang dieser Woche, erst über den aktuellen Sachstand in Kenntnis gesetzt worden sind, nachdem die Presse schon darüber berichtet hat. Das finden wir desaströs und wir möchten Sie dringend auffordern

..... Ich frage, warum in den Ausschusssitzungen dazu nicht Stellung genommen worden ist, rechtzeitig und ich möchte Sie auffordern, zu der Ausschusssitzung z. B. diese Maßnahme Lüften, wann wurde denn den Schulen angetragen, öfter zu usw., das Nachzuweisen. Das erwarten wir in der öffentlichen Sondersitzung am 4. Januar.